

Wie Panik die Asylpolitik teuer macht

Die Pläne, abgelehnte Asylwerber nach Uganda zu deportieren, stärken einen Despoten, vernichten Steuergeld und unterstützen den Spin der FPÖ

NINA HORACZEK

Also doch Uganda. Vorige Woche berichtete die griechische Tageszeitung Kathimerini, die "Gruppe der Umsetzer", zu der Österreich zählt, plane, ab 2027 abgelehnte Asylwerber in das afrikanische Land abzuschieben. Zwar betont Innenminister Gerhard Karner (ÖVP), man sei auch mit anderen Ländern im Gespräch. Aber die Uganda-Pläne scheinen weit gediehen.

Als "Umsetzer" labeln sich neben Österreich auch Deutschland, die Niederlande, Griechenland und Dänemark. Man könnte sie auch "Gruppe der Verfolgten" nennen. In all diesen Ländern setzen extrem rechte Parteien die aktuellen Regierungen unter Druck. Nun wollen diese fünf Länder abgelehnte Asylwerber, die nicht abgeschoben werden können, in Uganda zwischenparken.

Die EU-Rückführungsverordnung gibt den Mitgliedsstaaten ab 2027 die Möglichkeit zu Abschiebezentren außerhalb der EU. Aber sind solche Pläne politisch klug?

Derzeit befinden sich genau 843 Personen mit rechtskräftig negativem Asylbescheid in Österreich in der Grundversorgung. Zum Vergleich: Allein 2025 kehrten fast 9000 abgelehnte Asylwerber freiwillig in ihr Heimatland zurück. Der Großteil der illegal Aufhältigen, die abgeschoben wurden, stammt aus Osteuropa, würde also nie nach Uganda kommen, weil ihre Länder sie ohnehin zurücknehmen.

Schon bisher erhöhte Österreich erfolgreich den Druck auf Staaten, ihre abgelehnten Asylwerber zurückzunehmen. Das sollte man weiter forcieren. Aber zu glauben, man könne einfach alle nach Uganda verpflanzen, ist Unsinn. In einem Rechtsstaat muss auch bei abgelehnten Asylwerberinnen und Asylwerbern zuvor geprüft werden, ob ausreichende Integration oder medizinische Gründe dagegensprechen.

Uganda ist hingegen ein Land, in dem die Menschenrechtslage "in vielen Bereichen prekär" ist, wo sich Langzeitpräsident Yoweri Museveni die Macht durch "Vetternwirtschaft, Einschüchterung und politisch motivierte Strafverfolgung von Oppositionsführern" sichert. Genau so steht es in der offiziellen Länderdokumentation des österreichischen Bundesamts für Asyl und Fremdenwesen. Die ugandische Justiz

leidet unter "systemischer Korruption", die Polizei foltert und misshandelt. Mit lebenslanger Haft für gleichgeschlechtliche Beziehungen zählen Ugandas Homosexuellen-Gesetze zu den strengsten weltweit. Auch deshalb erhielten in den vergangenen zehn Jahren etwa 65 Prozent der ugandischen Asylwerber in Österreich Schutz. Nun soll dorthin abgeschoben werden? In ein Land, das schon jetzt mit zwei Millionen die allermeisten Flüchtlinge in Afrika aufgenommen hat?

Der Uganda-Deal gibt dem Innenminister ein neues Drohpotenzial: "Fahr heim, sonst geht's nach Afrika!", soll die Botschaft an abgelehnte Asylwerber lauten.

Österreich macht sich damit aber selbst erpressbar. Mit einem solchen Deal hilft die österreichische Regierung mit, ein weiteres autoritäres Regime salonfähig zu machen. Und dessen Politik mit österreichischen Geldern zu stützen. Denn zum Nulltarif wird Uganda keine abgelehnten Asylwerber aufnehmen. Aber damit hat das Innenministerium schon Erfahrung. 2025 empfing man um mindestens 16.000 Euro Steuergeld Vertreter der islamistischen Taliban-Terrorregierung in Wien, hofierte den islamistischen Gottesstaat, um nach Afghanistan abschieben zu können. Wer mit den Taliban packelt, hat auch bei einem afrikanischen Homosexuellenhasser keine Berührungsängste.

Billig wird Karners Uganda-Deal nicht. Großbritannien versuchte, Asylverfahren ins afrikanische Ruanda auszulagern. Laut einer vom Guardian veröffentlichten Kostenanalyse der Regierung kam ein einziger Asylwerber in Ruanda den britischen Staat auf fast 200.000 Euro. Italien brachte abgelehnte Asylwerber in eigens in Albanien errichtete Abschiebezentren. Diese Lager kosteten Italien rund 114.000 Euro pro Tag.

Innenminister Karner begründete die Finanzierung seiner Uganda-Pläne im Ö1-"Morgenjournal" damit, dass sein Ministerium im Asylbereich in den nächsten Jahren ohnehin 250 Millionen Euro einspart - eben weil so wenige Asylwerber nach Österreich kommen. In Zeiten des großen Sparens sollte man zumindest öffentlich diskutieren, ob es tatsächlich sinnvoll ist, viel Geld in ein Uganda-Experiment zu stecken.

Und all das, um der Bevölkerung zu signalisieren: Seht her, wir sind in der Asylund Migrationsfrage mindestens so böse wie die FPÖ. Konservative und Teile der SPÖ haben eines nicht begriffen: Egal, wie sehr sie sich bemühen, der FPÖ hier das Wasser abzugraben, die Blauen radikalisiert sich sofort ein Stück weiter. "Statt illegale Migranten direkt abzuschicken, plant die ÖVP einen sündteuren Umweg über Afrika", höhnen die Freiheitlichen bereits.

Man wolle wieder "Herr im eigenen Haus werden", sagt Karner. Und verbreitet so die Propaganda der FPÖ: Österreich habe die Kontrolle über das Asylwesen verloren.

Auch hier helfen Fakten. In Österreich sind derzeit etwa 5200 Asylwerberinnen und Asylwerber in der Grundversorgung. Das ist weniger, als die Kleinstadt Melk an der Donau Einwohner hat. Es gibt also keinen Grund, Panik zu schieben und sich von Despoten abhängig zu machen.

Wer mit den Taliban packelt, hat auch bei einem Homosexuellenhasser keine Berührungängste